

# Beschluss

Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren (Haushalt und Verwaltung)

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 20.03.2019

## Text

### 947 Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren

948 Ähnlich wie viele andere Städte in berlinferneren Gebieten des Landes befindet  
949 sich Frankfurt (Oder) in einer finanziell schwierigen Situation.  
950 Unternehmensschließungen, aber auch der jahrelange Rückgang der Bevölkerung und  
951 die Alterung der Gesellschaft führten zu Einnahmeausfällen, während die Ausgaben  
952 im Sozialbereich kontinuierlich stiegen und weiter steigen werden. Zudem sind  
953 nicht alle Verwaltungsaufgaben ausfinanziert, die uns das Land übertragen hat.  
954 Als Oberzentrum in Ostbrandenburg übernehmen wir außerdem viele Aufgaben für die  
955 umliegenden Kommunen mit: Kultur, ÖPNV, Schulen und Kitas werden nicht nur von  
956 Frankfurter\*innen genutzt, sondern zu einem nicht unwesentlichen Anteil auch von  
957 Menschen aus dem Umland. Das ist gut und richtig, führt aber auch dazu, dass wir  
958 die finanziellen Lasten stärker tragen. All diese Rahmenbedingungen haben dazu  
959 geführt, dass Frankfurt eine hochverschuldete Stadt ist. Wenngleich es 2018  
960 erstmals gelungen ist, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, müssen wir nun bis  
961 2030 Altschulden abbauen. Die Unterstützung des Landes durch die  
962 **Teilentschuldung** ist dabei sehr hilfreich, gleichzeitig aber auch eine große  
963 Herausforderung, weil wir hohe Eigenanteile erbringen müssen.

964 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unverantwortlich, dass zukünftige  
965 Generationen unsere Rechnungen begleichen sollen. Deshalb werden wir konstruktiv  
966 daran mitwirken, die Verschuldung abzubauen und einen **langfristig ausgeglichenen**  
967 **Haushalt** zu erreichen. Natürlich gehört hierzu, unser Haushaltssicherungskonzept  
968 umzusetzen und kritisch zu begleiten, aber auch bei Bund und Land eine faire  
969 sowie aufgaben- und bedarfsgerechte Aufteilung des Steueraufkommens  
970 einzufordern.

971 Die Decke ist immer irgendwo zu kurz! Wir wollen die Bürger\*innen bei der  
972 Verteilung unserer knappen Mittel beteiligen. Dazu begrüßen wir es, dass 2019  
973 erstmalig ein **Bürger\*innenbudget** umgesetzt wird. Dies haben wir seit vielen  
974 Jahren gefordert, unter der neuen Verwaltungsspitze wird es nun endlich  
975 umgesetzt. Wir werden die Einführung konstruktiv begleiten.  
976 Bürger\*innen sollen den Haushalt so besser verstehen, eigene Vorschläge  
977 einbringen und Prioritäten setzen, aber auch Einsparpotenziale aufzeigen und  
978 über Vorschläge abstimmen können. Dadurch werden Entscheidungen sowohl  
979 qualifiziert als auch eher akzeptiert. Auf Landesebene setzen wir uns für eine  
980 Schuldenbremse mit Augenmaß ein. Notwendige Investitionen und Instandhaltungen,  
981 insbesondere in der Infrastruktur und in der Bildung, dürfen nicht einem blinden  
982 Spardiktat zum Opfer fallen, wenn deren Unterlassen zu noch schlimmeren  
983 Zuständen führen würde. Unsere Grundaufgaben in der Daseinsfürsorge müssen wir  
984 stets erbringen können.

985 Etwa zehn Jahre nach Einführung der doppelten Buchführung in der Stadtverwaltung  
986 fehlen noch fast alle **Jahresabschlüsse**. Dieser Rückstand muss schnell bereinigt  
987 werden. Erst dann lässt sich mit Soll-Ist-Vergleichen arbeiten und die Steuerung  
988 der Verwaltungstätigkeiten über Kennzahlen und strategische Ziele wird möglich.

989 Wir müssen allerdings auch unseren Beitrag leisten und die Verwaltungsabläufe  
990 modernisieren. Bei allen Aufgaben muss geprüft werden, ob sie im bisherigen  
991 Umfang oder überhaupt von der Stadt geleistet werden müssen. Die Sanierung des  
992 Rathauses bietet auch eine gute Gelegenheit, **Verwaltungsprozesse zu verschlanken**  
993 **und zu digitalisieren**. Die Stadtverwaltung muss ihre Dienstleistungen für die  
994 Bürger\*innen effektiv und kostengünstig erbringen.

995 In der landesweiten Diskussion über bessere Verwaltungsstrukturen setzen wir auf  
996 die Stärkung **Frankfurts als Oberzentrum**. Eine solche Stärkung muss sich auch bei  
997 der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel zeigen. Wir wollen, dass  
998 jede Maßnahme von den Bürger\*innen her gedacht und umgesetzt wird, um dadurch  
999 sicherstellen, dass gute kommunale Leistungen effizient, in guter Qualität und  
1000 bürger\*innennah angeboten werden. Zur Stärkung der Effektivität des  
1001 Verwaltungshandelns und zur Erschließung von Einsparpotenzialen wollen wir eine  
1002 engere **Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen, Ämtern und Gemeinden** bei  
1003 der Erledigung von Verwaltungsaufgaben und bei weiteren kommunalen  
1004 Handlungsfeldern erreichen.

1005 Außerdem muss die Arbeit der **Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen**  
1006 ökonomischer werden. Zusammenarbeit oder die Integration einzelner Einheiten,  
1007 z.B. in der Verwaltung, sind in Betracht zu ziehen, wenn sich dadurch Aufgaben  
1008 bei gleicher oder höherer Qualität kostengünstiger erledigen lassen. Ein  
1009 Beispiel dafür ist die von uns mit angestoßene Kulturstrukturuntersuchung, mit  
1010 der erreicht werden soll, dass wir knappes städtisches Geld nicht für  
1011 Doppelstrukturen im Kulturbereich ausgeben, sondern es für das Kulturangebot  
1012 nutzen können. Den Verkauf von kommunalen Unternehmen, um kurzfristig  
1013 Finanzlöcher zu stopfen, lehnen wir jedoch ab. Insbesondere die gemeinnützige  
1014 Pflege gGmbH wollen wir als Teil der städtischen Daseinsvorsorge erhalten.  
1015 Privatisierungen müssen am Ende immer die Bürger\*innen mit höheren Preisen teuer  
1016 bezahlen. Wir wollen prüfen, ob es nicht sinnvoll und kostengünstiger ist, fremd  
1017 vergebene Aufgaben wieder in die Stadtverwaltung zurückzuholen (z.B.  
1018 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung oder Winterdienst).

1019 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass der Oberbürgermeister als  
1020 oberster Verwaltungschef und als Gesellschaftervertreter der kommunalen  
1021 Unternehmen darauf drängen muss, dass bei der **Auftragsvergabe** und Anschaffung,  
1022 z.B. von Softwaresystemen und beim Fuhrpark oder bei allgemeinen  
1023 Verwaltungsaufgaben, Synergieeffekte erzielt werden. Nicht jedes kommunale  
1024 Unternehmen muss das Rad für sich neu erfinden.

1025 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Sach- und Dienstleistungen für  
1026 die Stadt kostengünstig eingekauft werden, dabei aber auch **sozial-ethische und**  
1027 **ökologische Vergabekriterien** zu berücksichtigen sind. Im öffentlichen  
1028 Beschaffungswesen darf nicht auf Kosten der Umwelt oder zu Lasten von Menschen  
1029 gespart werden, die unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen.  
1030 Insbesondere der Kauf von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit ist  
1031 unbedingt zu vermeiden. Möglichst umweltfreundlich hergestellte Produkte aus dem  
1032 zertifizierten fairen Handel und aus der Region sollen bevorzugt werden, das  
1033 betrifft zum Beispiel Speisen, Getränken und Blumen. Frankfurt (Oder) soll sich

1034 - möglichst gemeinsam mit Slubice - darum bewerben, "Fairtrade Town" zu werden  
1035 und sich im Beschaffungswesen an der Zielrichtung der kürzlich von der  
1036 Bundesregierung überarbeiteten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren,  
1037 die an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen ausgerichtet ist.